

Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat

**Protokoll der fünfundvierzigsten Sitzung
am 29. Juni 2012, 13.00 bis 17.00 Uhr**

Tagesordnung

Schwerpunktthema

Kristallisationspunkt Kommune: Bürgerschaftliches Engagement und öffentliche Daseinsvorsorge

1. **Bürgerschaftliches Engagement und sozialstaatliche Daseinsvorsorge**
Thomas Röbbke, Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern (S. 2)
- 2.1 **Zur Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen**
Alexander Götz, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik e.V. (S. 7)
- 2.2 Aus der Diskussion (S. 10)
3. **Aktuelle Informationen aus der (Engagement-)Politik**
Hella Dunger-Löper, Bevollmächtigte beim Bund, Europabeauftragte des Landes Berlin und Beauftragte für das Bürgerschaftliche Engagement
Matthias Potocki, Sekretär des Bundestagsunterausschusses Bürgerschaftliches Engagement (S. 15)

Kristallisationspunkt Kommune: Bürgerschaftliches Engagement und öffentliche Daseinsvorsorge

Aufgabe der Daseinsvorsorge ist es, Menschen wichtige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Güter und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Neben der Wasser-, und Elektrizitätsversorgung gehören hierzu auch Schulen, Kultureinrichtungen und Altenheime. Der Ort hierfür ist meist die Kommune. Welche Rolle kann bürgerschaftliches Engagement bei der sozialstaatlichen Daseinsvorsorge spielen? Ist es „Sahnehaube“ auf staatlichen Leistungen oder notwendige Ergänzung? Und wie steht es um das Verhältnis von Engagement und Kommunalpolitik insgesamt? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigen sich die Mitglieder des Arbeitskreises „Bürgergesellschaft und Aktiver Staat“ in ihrer 45. Sitzung.

Einleitend beschreibt Thomas Röbbke, Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern, die Bedeutung des Engagements in der sozialstaatlichen Daseinsvorsorge. Ausgehend von der historischen Bedeutung des Engagements skizziert er seine Rolle als Innovator. Daran anknüpfend geht er auf Kernfunktionen, Chancen und Grenzen des Engagements ein, bevor er abschließend Aufgaben für eine Engagementpolitik umreißt (1.1). Im zweiten Teil setzt sich Alexander Götz, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied in der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik e.V., mit der Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in Kommunen auseinander. Zunächst geht er auf einige grundsätzliche Herausforderungen in der Kommunalpolitik ein. Dann teilt Götz sieben Beobachtungen mit, die von Attraktivität durch Engagement über die Grenzen der kommunalen Engagementförderung bis hin zur Bedeutung von Transparenz für das Engagement reichen (2.1). In der sich anschließenden Diskussion setzen sich die Mitglieder des Arbeitskreises u. a. mit den Chancen eines bürgerschaftlichen Politikstils, der Koproduktion von Leistungen durch Engagement und dem Verhältnis von Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft auseinander (2.2).

Im dritten Teil der Sitzung berichtet Hella Dunger-Löper, Bevollmächtigte beim Bund, Europabeauftragte des Landes Berlin und Beauftragte für das Bürgerschaftliche Engagement, von den Überlegungen, ein parlamentarisches Gremium für Engagement in Berlin einzurichten. Matthias Potocki, Sekretär des Bundestagsunterausschusses Bürgerschaftliches Engagement, gibt einen Überblick über die Arbeit des Unterausschusses. Daran anknüpfend werden die Perspektiven des Gremiums und die Engagementpolitik der Bundesregierung diskutiert (3.).

1. Bürgerschaftliches Engagement und sozialstaatliche Daseinsvorsorge

Thomas Röbbke, Geschäftsführer des Landesnetzwerks
Bürgerschaftliches Engagement Bayern

Am Anfang dieses Beitrags¹ steht eine Beobachtung: „Ehrenamt darf nur in Ergänzung zum Hauptamt sein und sollte dieses nicht ersetzen.“ Diesen Satz

¹ Der Beitrag basiert auf dem Papier [„betrifft: Bürgergesellschaft 38: Bürgerschaftliches Engagement und soziastaatliche Daseinsvorsorge“](#) von Thomas Röbbke.

kennen sicherlich viele aus Reden zum bürgerschaftlichen Engagement. So einleuchtend er klingt, müssen wir uns angesichts von demographischem Wandel und Fachkräftemangeln allerdings Fragen, wer künftig Aufgaben wie die Pflege im Alter, die Betreuung Dementer oder die Arbeit in Kitas übernehmen wird. Ist das ohne bürgerschaftliches Engagement überhaupt noch möglich?

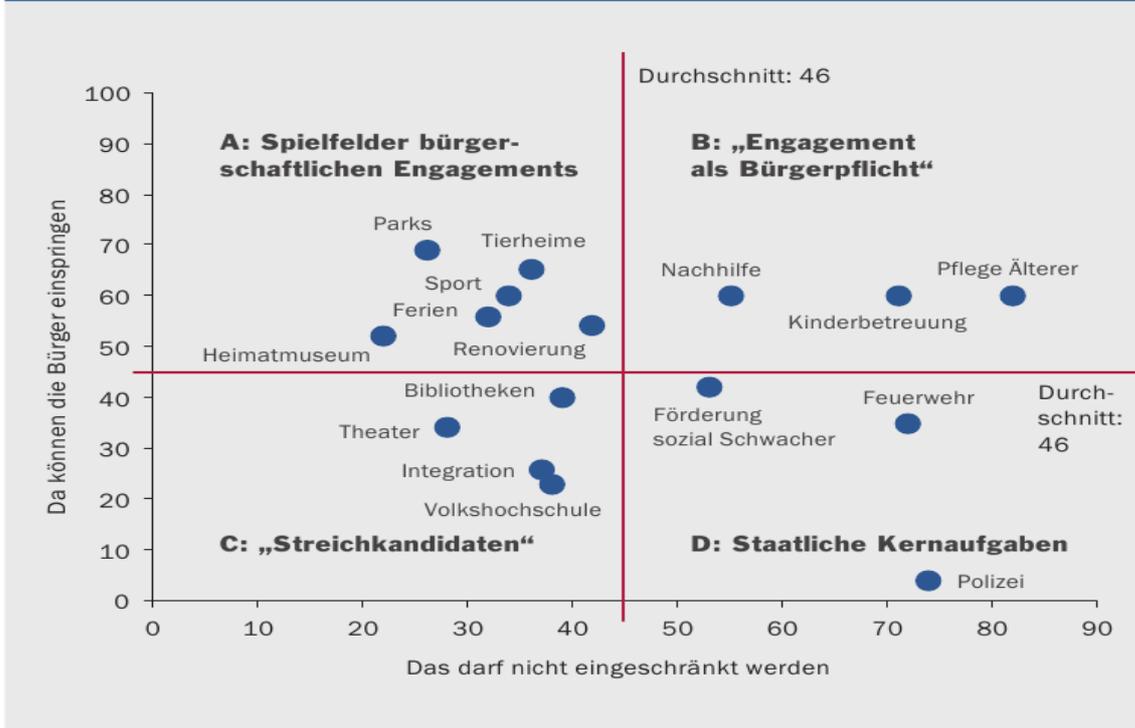
Ein Blick in die Geschichtsbücher kann diese Frage zwar nicht endgültig beantworten, aber zumindest einige Hinweise geben. Er macht deutlich, dass Engagement in der Vergangenheit keineswegs nur staatliche Leistungen ergänzte. So wäre es kaum möglich gewesen, den von Napoleon überrannten deutschen Kleinstaaten ohne bürgerschaftliches Engagement wieder auf die Beine zu helfen. In der preußischen Städteordnung von 1808 war die bürgerschaftliche Selbstorganisation von Kommunen eine tragende Säule. Auch das karitative Ehrenamt, wie es in Deutschland angesichts von Pauperismus während der Frühindustrialisierung entstand, war nicht Ergänzung einer vorhandenen staatlichen Leistung, sondern Antwort auf eine Notlage, für die es keine anderen Mittel gab. Anfang des 20. Jh. entdeckte der Staat ehrenamtliche Vereine, vor allem die Wohlfahrtsverbände, als subsidiäre Partner. Indem er sie förderte und mehr Verlässlichkeit forderte, kam es zu einer stärkeren Strukturierung und Professionalisierung. Diese Entwicklung führte auch dazu, dass das Ehrenamt im sozialen Bereich zurück gedrängt wurde. Rund 60 Jahre später, in den 1970ern und 80ern, entstanden dann neue Formen des Engagements außerhalb der traditionellen, verbandlichen Strukturen. Mit der Frauen- und Selbsthilfebewegung sowie soziokulturellen Projekten bildeten sich neue Organisationsformen; mit Emanzipation und Naturschutz wurden neue Themen aufgegriffen.

Fasst man diese Entwicklung zusammen, so zeigt sich: **Bürgerschaftliches Engagement ist historisch betrachtet nie eine „Sahnehaube auf dem Kaffee“ gewesen, sondern ein innovativer Vorgang, der auf Lücken im Gemeinwesen hinweist und diese mit relativ wenigen Ressourcen schließt.**

Diese Bewegung des Innovierens und des Schaffens von hauptamtlichen Strukturen setzt sich heute weiter fort. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Hospizbewegung. Die in den 1980ern entstandenen Hospizvereine waren zunächst ehrenamtlich getragen. Mittlerweile gibt es hauptamtliche Hospize und einige der Leistungen werden von der Pflegeversicherung übernommen. Dies führt allerdings auch dazu, dass die ehrenamtliche Hospizbewegung an den Rand gedrängt wird. Zwar gibt es durchaus auch eine umgekehrte Bewegung im Engagement. So betreiben anstelle der früheren Hauptamtlichen in einigen Kommunen mittlerweile Ehrenamtliche die Schwimmbäder. Diese Entwicklung vom Haupt- zum Ehrenamt ist aber quantitativ deutlich geringer als die umgekehrte. Dies macht deutlich: **Durch seine Innovationsfunktion ist bürgerschaftliches Engagement eine Voraussetzung dafür, dass verlässliche, hauptamtliche, sozialstaatliche Dienstleistungen entstehen.**

In diesem Zusammenhang interessant ist eine Umfrage von Allensbach. Sie zeigt (s. Abb. 1), für wie dringlich die Befragten bestimmte gesellschaftliche Aufgaben halten und welche durch bürgerschaftliches Engagement übernommen werden könnten.

Areale der Dringlichkeit und der Einsatzmöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 10086 (Februar 2012)

© IFD-Allensbach

Abb. 1: Allensbachstudie zu Einsatzmöglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement

Dabei wird deutlich, dass die Polizei, Feuerwehr und die Förderung sozial Schwacher als staatliche Kernaufgaben gesehen werden. Wichtige Aufgaben des Engagements sind Nachhilfe, Kinderbetreuung und Pflege, während vor allem Kultur- und Bildungsaufgaben wie Volkshochschulen, Integration und Theater potentielle Streichkandidaten sind.

Engagementbereiche und Daseinsvorsorge

Betrachtet man die Bereiche bürgerschaftlichen Engagements, so lassen sich drei zentrale Felder identifizieren: Ein kleiner Bereich ist im 19. Jh. um das Thema gesetzliche Daseinsvorsorge gewachsen. Hierzu zählen auch die Kommunalpolitik und die Freiwillige Feuerwehr. Weitaus mehr Engagement findet in Selbstorganisation statt, worunter kleine Vereine mit einer geringen Professionalisierung fallen. Darüber hinaus gibt es einen wachsenden Bereich der Koproduktion. Hier versuchen hauptamtliche Institutionen, die möglicherweise ihre Wurzeln im Ehrenamt haben, neue Strukturen des Engagements in Kindergärten, Schulen und Altenheime aufzubauen.

Der Begriff der **Daseinsvorsorge** geht auf den Staatsrechtler Ernst Forsthoff (1902 – 1974) zurück. Während bei ihrer Einführung 1938 klar war, dass die NSDAP für die Daseinsvorsorge verantwortlich war und auch bestimmte, was zu dieser gehörte, ist dies heute nicht mehr so eindeutig. Zur Daseinsvorsorge gehört kein fester Kanon, sie wird vielmehr ständig durch neue Bereiche ergänzt. So ist die Internet-Breitbandverkabelung mittlerweile selbstverständlich Teil der Daseinsvorsorge, woran vor zehn Jahren noch niemand dachte. Auch eine Unterscheidung entlang der Kriterien freiwillige und pflichtige Leistungen trägt nicht. So ist die Kulturpolitik zwar eine freiwillige Leis-

tung, gehört aber trotzdem zur Daseinsfürsorge. Was zur Daseinsvorsorge gehört, wird letztendlich im Diskurs zwischen Staat und Bürgern festgelegt. Bürgerschaftlichem Engagement kommt in diesem Governance-Prozess eine zunehmend wichtige Bedeutung zu.

Kernfunktionen, Chancen und Grenzen des Engagements

Mit Blick auf die kommunale Daseinsvorsorge lassen sich **vier Kernfunktionen des bürgerschaftlichen Engagements** identifizieren:

- Die erste Kernfunktion ist die bereits im historischen Kontext beschriebene **Innovationsfunktion** und die **Beteiligung** am politischen Diskurs zur Mitbestimmung darüber, was zur Daseinsvorsorge gehört.
- Die zweite Kernfunktion liegt im Bereich **Bildung**. Diese sollte im Engagement nicht auf das Kognitive reduziert werden, sondern gerade auch soziale Kompetenz fördern.
- Das Potential als **individuelle Sinnressource** bildete die dritte Kernfunktion des Engagements. Dieser Aspekt scheint umso bedeutsamer, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Engagement meist nur unter dem Nutzenaspekt betrachtet wird. Dabei geht die Bedeutung als Sinnressource (bspw. im Zusammenhang mit der Glücksforschung) meist unter.
- Die vierte Kernfunktion liegt in der **Diversity**. Hierbei ist zu beachten, dass Ehrenamtliche nicht zu „Minipädagogen oder -beratern“ ausgebildet werden sollten, sondern in ihrer Vielfalt und Eigenheit wirken dürfen.

Bereits diese Beschreibung von Kernfunktionen macht deutlich, dass bürgerschaftliches Engagement die Chance bietet, das Gemeinwesen zu gestalten. Mit Blick auf die Daseinsvorsorge geht es dabei um die grundsätzliche Frage, was unser kommunales Leben ausmacht. Wichtige Aspekte hierbei sind Solidarität, Freiheit, Gerechtigkeit und eine moralische Ökonomie des Schenkens. Letzteres bedeutet, dem freiwilligen Geben als Gegengewicht zu Dienstleistung und Verdienstlichung einen Platz in der Gesellschaft einzuräumen. All diese Aspekte stehen in enger Verbindung mit bürgerschaftlichem Engagement. Sie bilden den Kern unseres Gemeinwesen, den Aristoteles mit „Zoon Politikon“ (der Mensch als soziales, politisches Wesen) und Kant unter dem freien Willen beschrieben hat.

Darüber hinaus lassen sich verschiedene **Diskurse** identifizieren, **die für das bürgerschaftliche Engagement relevant sind**. Hierzu zählen vor allem:

- die Frage nach der **Wiederbelebung der lokalen Demokratie** im Gegensatz zu dem von Colin Crouch skizzierten Modell der Postdemokratie;
- die **Änderung des Lebensstils in Richtung Nachhaltigkeit**, wobei u. a. zu fragen wäre, welche Alternativen es zu ökonomischen und Karrierezielen im Leben geben kann;
- das **Verhältnis von Erwerbsarbeit und Praxis**; Hannah Arendt erinnerte in diesem Zusammenhang an die Pluralität von Tätigkeitsformen, die das Menschsein ausmachen, und kritisierte die moderne Fixierung auf Erwerbsarbeit;
- das **„Reembedding“** – hierunter versteht Karl Polanyi, eine Gegenbewegung zu dem Herausziehen von Dienstleistungen aus dem Gemeinwesen

und der Monetarisierung dieser Dienstleistungen. Tätigkeiten müssten wieder stärker in das Gemeinwesen integriert werden.

Neben den Chancen, die bürgerschaftliches Engagement mit sich bringt, müssen auch dessen **Grenzen** beachtet werden. **Denn eine Überforderung des Engagements führt sehr häufig zu einer Verzweckung und Instrumentalisierung.** So kann Engagement nicht bestimmte, eventuell sogar gesetzlich verankerte Dienste auf Dauer erbringen. Grenzen bestehen auch dort, wo Ehrenamtliche für komplexe Steuerungen verantwortlich sind, wie dies mitunter in großen umsatzsteuerpflichtigen Sportvereinen der Fall ist. Diese Grenzen muss auch die (Engagement-) Politik im Blick haben, wenn sie Förderbedingungen oder andere Vorgaben gestaltet.

Aufgaben für die Engagementpolitik

Die auf diesen Seiten aufgezeigten Perspektiven für das bürgerschaftliche Engagement kann es aus eigener Kraft nicht durchsetzen. Hierfür braucht es eine Engagementpolitik. Daher sollen abschließend einige Leitlinien für eine, aus Perspektive der Daseinsvorsorge gute Engagementpolitik skizziert werden.

Die Politik sollte **bürgerschaftliches Engagement gegen ökonomische Logiken schützen.** Hierbei kann die Kulturpolitik als Paradigma dienen. Ähnlich wie in der Kulturpolitik, die keine inhaltlichen Vorgaben macht, sondern Plattformen für das Schaffen von Kultur bereitstellt, braucht auch bürgerschaftliches Engagement ermöglichende Plattformen. Diese Plattformen können durch eine zielgerichtete Infrastrukturpolitik geschaffen werden.

Mit Blick auf die **Engagementförderung** sollte überdacht werden, wie die Mittel verteilt werden. In Bayern erhalten bspw. die Freiwilligen Feuerwehren deutlich mehr als jeder andere Teil der Zivilgesellschaft. Hier stellt sich die Frage, ob nicht stärker in die Selbstorganisation und Koproduktion investiert werden müsste. Dabei gilt es besonders den niedrighschwelligem Bereich der Vereine und Initiativen zu beachten, der angesichts des Rückgangs von Personen, die dauerhaft ein Ehrenamt übernehmen wollen, zunehmend unter Druck gerät.

Darüber hinaus sollte **Engagementpolitik stärker von der Kommune als Schlüsselebene ausgehen.** Während Engagementförderung heute meist top-down funktioniert, wie das Beispiel Mehrgenerationenhäuser zeigt, wäre eine Förderung nach dem bottom-up-Prinzip deutlich sinnvoller. Kommunen sollten in Governance-Prozessen vor Ort zunächst den Bedarf klären und dann konkrete Maßnahmen fördern. Ein gutes Beispiel hierfür ist das LEADER-Programm der EU, das modellhaft innovative Aktionen im ländlichen Raum auf Basis eines bottom-up-Ansatzes unterstützt.

Abschließend sei noch die **Zeitpolitik** als ein für das Engagement relevantes Feld genannt. Wenn aufgrund von Zeitverknappung in der Ausbildungs- und Arbeitswelt immer weniger freie Zeit zur Verfügung steht, wird sich das auch negativ auf das Engagement auswirken.

2.1 **Zur Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen**

Alexander Götz, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik e.V.

Die Kommunalpolitik steht vor zahlreichen Herausforderungen. Besonders groß sind diese in ländlichen Räumen wie der äußeren Uckermark, Südostniedersachsen oder dem ehemaligen bayrischen Grenzgebiet, die von demographischem Wandel, Rück- und t. w. auch Niedergang geprägt sind. Hier gilt es, neue Entwicklungschancen aufzeigen, ohne dass dafür umfangreiche Gelder zur Verfügung stünden. Dabei sollten grundsätzlich die Menschen in den Kommunen im Mittelpunkt stehen.

Die Kommunalpolitik beeinflusst und gestaltet bürgerschaftliches Engagement mit, so wie dieses die Kommunalpolitik beeinflusst. In der Diskussion sollten die beiden Felder allerdings nicht als getrennte Sphären betrachtet werden. Denn die in großen Teilen von Ehrenamtlichen mitgestaltete Kommunalpolitik ist nicht nur Adressat für Ansprüche der Zivilgesellschaft, sondern auch selbst Teil bürgerschaftlichen Engagements.

Wie nun gehen Kommunen mit bürgerschaftlichem Engagement um bzw. wie sollten sie mit ihm umgehen? Hierauf gibt es keine eindeutige Antwort. Auch die sozialdemokratische Kommunalpolitik hat noch keine konzise Strategie hierfür entwickelt. Daher sollen auf den folgenden Seiten sieben Beobachtungen skizziert werden, die die Bedeutung des Engagements in Kommunen, aber auch die Herausforderungen bei der Gestaltung von Engagement beschreiben.

Grundsätzlich muss eine kommunalpolitische Engagementpolitik den Nutzen von Politik und Zivilgesellschaft im Blick behalten. Hierbei kommt insbesondere drei Bereichen eine besondere Bedeutung zu: Der **demographische Wandel** stellt viele Kommunen vor neue Herausforderungen. Bürgerschaftliches Engagement kann zweifelsohne helfen, diese zu bewältigen. Bei dem **Auftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen**, kann das Engagement dagegen keine entscheidende Stütze sein, da es per Definition freiwillig ist. Kommunalpolitik kann es nicht in die Pflicht nehmen, um die Lebensverhältnisse anzugleichen. Zentrale Restriktion für die Kommunalpolitik ist die **Unterfinanzierung** vieler Städte und Gemeinden. Das schlägt sich nicht zuletzt in den sehr begrenzten finanziellen Fördermöglichkeiten für Engagement nieder.

Sieben Beobachtungen zu bürgerschaftlichem Engagement und Kommunen

1. Engagement macht attraktiv

Bürgerschaftliches Engagement ist eine wichtige Voraussetzung für die Attraktivität und Bindungswirkung einer Kommune. So fördert Engagement oftmals den Zusammenhalt und treibt Innovationen voran. Nachdem bspw. in den letzten Jahrzehnten kleine Läden in vielen Dörfern ausgestorben sind, entstehen mittlerweile wieder selbstorganisierte Dorfläden. Initiatoren sind häufig engagierte Einwohner, die die Versorgung

verbessern und einen Treffpunkt schaffen wollen. Ein solcher Dorfladen kann die Attraktivität eines Ortes steigern und verdient die Unterstützung der Kommunalpolitik.

Darüber hinaus entstammen viele, heute selbstverständliche kommunale Pflichtleistungen bürgerschaftlichen Initiativen. Dabei sollte das Verhältnis zwischen Engagement und staatlichen Leistungen nicht statisch betrachtet werden. Staatliche Leistungen verdrängen nicht das Engagement, da sich Letzteres deutlich schneller entwickelt, als die Kommunalpolitik neue Aufgaben übernehmen kann. Vielmehr machen gute Ideen aus der Zivilgesellschaft, welche die Kommunalpolitik eventuell nach einer gewissen Zeit als Aufgabe übernimmt, das Leben in einer Kommune attraktiver.

Ein interessantes Beispiel dafür, dass bürgerschaftliches Engagement Kommunen attraktiver macht, ist Schleswig-Holstein. Dort gibt es eine recht kleinteilige Kommunalpolitik, die aus rein ökonomischer Sicht nicht sinnvoll ist. Diese Struktur gehört aber zum Selbstverständnis der Politik des Landes, da es, so die Argumentation, Ausweis einer aktiven Bürgergesellschaft sei.

2. Engagement ist nicht Vehikel, sondern Wert an sich

Neben dem organisierten Engagement, zu dem auch die ehrenamtliche Kommunalpolitik zählt, gibt es das selbstorganisierte, nicht planbare Engagement. Für beide Formen gilt: **Bürgerschaftliches Engagement ist kein Vehikel, um einen politisch definierten Zweck zu erzeugen; es ist auch kein zusätzliches Element im Aufgabenspektrum der Kommunalpolitik.**

Engagement ist vielmehr ein Wert an sich. So sollte bürgerschaftliches Engagement nicht dafür missbraucht werden, um den ÖPNV im ländlichen Raum zu ersetzen. Bürgerbusse können in einen Beförderungsauftrag integriert werden, um Engagement nicht abzuwehren. Aber das Leistungsversprechen des Staates zur Beförderung kann und darf nicht auf das Engagement abgewälzt werden.

In diesem Zusammenhang ist die Grafik zu den „Einsatzmöglichkeiten von Engagement“ (S. 4) zu kritisieren, da sie die Indienstnahme von Engagement bereits vorweg nimmt.

3. Kommunalpolitik vs. bürgerschaftliches Engagement?

Bürgerschaftliches Engagement entfaltet sich in der Regel in Kommunen. Für die Kommunalpolitik kann das mitunter auch problematisch sein. Wenn ehrenamtliche Kommunalpolitiker bspw. entscheiden, eine Bücherei zu schließen und Bürger dagegen protestieren, dann hat es meist den Anschein, die ‚gute Bürgergesellschaft‘ protestiere gegen die ‚böse Politik‘. Dabei wird vergessen, dass häufig auf beiden Seiten bürgerschaftlich Engagierte stehen. **Im Gegensatz zu den Protestierenden müssen die kommunalpolitisch Engagierten allerdings auch unangenehme Entscheidungen treffen und verantworten. Diese Perspektive sollte das bürgerschaftliche Engagement stärker berücksichtigen.**

4. Vom Engagement zu freiwilligen und pflichtigen Aufgaben

Die Aufgaben von Kommunen sind nicht statisch, sondern wandeln sich mit der Zeit. Bürgerschaftliches Engagement ist dabei häufig ein Treiber, der Aufgaben formuliert, die Kommunalpolitik dann in freiwillige Aufgaben überführt.

Angesichts knapper Kassen sind Kommunen allerdings häufig nicht in der Lage, freiwillige Aufgaben überhaupt zu erfüllen.

Mit Blick auf freiwillige und verpflichtende Aufgaben gibt es zwei Trends: Viele de jure freiwillige Aufgaben sind faktisch verpflichtend. Das gilt bspw. für Volkshochschulen. Zudem werden immer mehr freiwillige Aufgaben zu Pflichtaufgaben. Aktuell wird dies für die Musikschulen diskutiert.

5. Grenzen der kommunalen Engagementförderung

Kommunalpolitik sollte bürgerschaftliches Engagement als Partner behandeln, indem sie Engagement ermöglicht und Freiräume für Engagierte schafft. Dass dies nicht immer einfach ist, mögen die folgenden beiden Beispiele veranschaulichen: Das durch eine EU-Richtlinie gestaltete Umsatzsteuerrecht erschwert Austauschbeziehungen zwischen Kommunen und Vereinen erheblich. Dies gilt u. a. für die Überlassung von Liegenschaften wie Sportplätzen. Ähnliches gilt für das Jährlichkeitsprinzip im Zuwendungsrecht. Es schreibt Organisationen, die eine Förderung bzw. Unterstützung der öffentlichen Hand erhalten, vor, Ausgaben bis zum Ende eines Kalenderjahres bzw. bis Ende Februar des Folgejahres zu tätigen. Auch das erschwert Engagement erheblich. Hier muss die Engagementpolitik auf europäischer bzw. nationaler Ebene ansetzen.

Ein im Zusammenhang mit der Finanzierung positives Beispiel sind die Quartiersfonds in Berlin. Sie stellen unbürokratisch Gelder zur Verfügung, ohne detaillierte Vorgaben zur Verwendung zu machen. Dieser Ansatz ließe sich auch auf ländliche Räume übertragen. Mit kleineren Summen, die unbürokratisch vergeben werden, ließe sich durchaus etwas erreichen.

6. Anschub- statt Dauerfinanzierung

Um bürgerschaftliches Engagement wirkungsvoll zu fördern, ist eine Anschubfinanzierung wichtiger als eine Dauerfinanzierung. Denn letztendlich geht es darum, neue bürgerschaftliche Ideen zu unterstützen. Das Dauerhafte ist häufig kein bürgerschaftliches Engagement im eigentlichen Sinne mehr, sondern bereits auf dem Weg zu einer kommunalen Aufgabe. Ein Beispiel hierfür sind freiwillige soziale Leistungen der Jugendhilfe. Wenn Träger diese freiwilligen Aufgaben gegen Bezahlung im Auftrag von Kommunen erbringen, ist das kein bürgerschaftliches Engagement.

Engagement ist aus Sicht der Politik ein Entwicklungspotential. Der Staat als Zuwendungsgeber muss jederzeit in der Lage sein, die Förderung zu verändern oder zu beenden. Sonst handelt es sich nicht mehr um Engagementförderung, sondern um eine verfestigte öffentliche Aufgabe.

Eine interessante Ergänzung zur Anschubfinanzierung für bürgerschaftliches Engagement kann sich im Zuge der aktuellen Debatte über Rekommunalisierungen ergeben. So wäre es denkbar, dass Kommunen den Engagierten künftig stärker Vermögensbestandteile wie nicht mehr genutzte Räumlichkeiten, Immobilien oder produktive Vermögensteile zur Verfügung stellen.

7. Engagementförderung durch Transparenz

Eine kooperative und transparente Kommunalpolitik fördert Engagement. Wenn Kommunalpolitik deutlich macht, wie und warum sie Entscheidungen trifft und offen für die Ideen von Bürgern ist, kann das neues Engagement

anregen und bestehendes stärken. Darüber hinaus kann Kommunalpolitik Engagement behutsam koordinieren, darf es aber nicht vereinnahmen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Bürgerschaftliches Engagement kann wesentlich dazu beitragen, die Attraktivität von Kommunen zu steigern. Das gilt auch und gerade für Orte, die unter Abwanderung leiden. **Im Verhältnis zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Kommunalpolitik ist zu beachten, dass Engagement etwas Eigenständiges ist. Die Kommunalpolitik sollte es unterstützen, ohne es zu vereinnahmen. Dann kann ein produktives Wechselverhältnis entstehen.** Ob und wie dieses Wechselverhältnis gelingt, ist auch von der künftigen Finanzausstattung der Kommunen abhängig. Zwar sind auch Maßnahmen wie kostenlose Räumlichkeiten für Vereine hilfreich, aber eine finanzielle Förderung auf der kommunalen Ebene, wo das meiste Engagement stattfindet, ist unverzichtbar.

2.2. Aus der Diskussion

- In Bezug auf die von Herrn Rübke genannten Aufgaben von bürgerschaftlichem Engagement sind noch folgende Ergänzungen sinnvoll: Im Zusammenhang mit Bildung ist es eine der Königsaufgaben des Engagements, Ausbildungsgänge zu Bildungsgängen zu machen, indem es die formelle Bildung mit Engagement koppelt. Hinsichtlich der Bedeutung von Engagement als individuelle Sinnressource wäre zu ergänzen, dass eine Pluralität individueller Sinnressourcen zu einer kollektiven Sinnressource führt. Engagement kann also auch dazu beitragen, dass wir uns als Gesellschaft in einem neuen Sinnhorizont sehen.

Engagementstrategie oder ein bürgerschaftlicher Politikstil?

- Der Staat kann bürgerschaftliches Engagement nicht in den üblichen Bahnen behandeln, denn hier müssen Governance-Strukturen und Beteiligung eine besondere Rolle spielen. Das ist vielen (Kommunal)Politikern und Mitarbeitern in der Verwaltung noch nicht ausreichend bewusst. Wenn man z.B. die aktuelle Debatte im Berliner Abgeordnetenhaus darüber verfolgt, wie man sich mit dem Thema Engagement auseinander setzen kann, wird deutlich, dass das Verständnis von Engagement häufig verkürzt ist.
- In den beiden Beiträgen und in der Diskussion wurde erwähnt, dass in der Engagementpolitik eine besondere Sensibilität wichtig sei. Gerade hier müssten die Bürger eingebunden und beteiligt werden. Das ist eine fatale Engführung, da damit ein wichtiger demokratischer Impuls verloren geht. **Ziel sollte es vielmehr sein, einen beteiligungsorientierten, bürgerschaftlichen Politikstil als Grundqualität von guter Demokratie in allen Politikfeldern zu etablieren.** Ansatzpunkt wären die jeweiligen Politikbereiche, die mithilfe der „Weisheit der Vielen“ gestaltet werden könnten. Auf der kommunalen Ebene hieße das bspw., dass die Entscheidung darüber, was zur Daseinsvorsorge gehört, beteiligungsorientiert und bürgerschaftlich organisiert werden sollte. Denn hier geht es um grundsätzliche Fragen, wie wir mit dem Altwerden, der Pflege und Unterstützung von Menschen umgehen.
- Engagementpolitik ist notwendig, weil das Engagement nicht aus eigener Kraft die Voraussetzungen für sein Bestehen und seine Entwicklung ge-

währleisten kann. Wenn, wie eben gefordert, die Engagementpolitik aufgelöst würde, um in alle Politikfelder zu diffundieren, bestünde die Gefahr, dass die verschiedenen Politikbereiche nur die „angenehmen“ Bestandteile absorbieren würden und das Störende übrig bliebe. **Gerade wenn ein Leitbild Bürgergesellschaft für die gesamte Gesellschaft und die Politik maßgeblich werden soll, brauchen wir die Engagementpolitik. Sie ist notwendig, um einen Erprobungsraum für eine bessere Integration der aktiven, impulsiven Energie von Bürgern in die Demokratie zu schaffen.** So würde deutlich, dass das demokratische Gemeinwesen von dem Einsatz seiner Bürger lebt. Aufgabe von staatlicher Engagementpolitik ist es, diese Räume zu schaffen.

- Ein Ansatz, um einen bürgerschaftlichen Politikstil in verschiedene Politikfelder zu tragen, könnte darin bestehen, eine Synopse zu erstellen. Diese müsste Politikbereiche wie Wohnen, Gesundheit oder Bildung enthalten. Darauf aufbauend würde definiert, welche Rolle das bürgerschaftliche Engagement und die Beteiligung in dem jeweiligen Feld spielen kann. Auf diese Weise könnten sich Politiker einen einfachen Überblick über Engagement- und Beteiligungsmöglichkeiten in ihrem Feld verschaffen.
- Bei aller Schwierigkeit, eine allgemeingültige Engagementstrategie zu formulieren, scheint es dennoch sinnvoll, diese auszuarbeiten. Denn nur so kommt die Politik von Bekenntnissen zum Engagement in Sonntagsreden zu konkreten Maßnahmen.
- **Zweifelsohne kann bürgerschaftliches Engagement ein Pilot für andere gesellschaftliche Bereiche sein, aber auch hier gibt es Grenzen. Denn Engagement kann nicht kontinuierlich in Anspruch genommen werden.** Deshalb ist der Vergleich von Herrn Rübke mit der Kulturpolitik passend, denn auch diese öffnet Räume und respektiert die Besonderheiten der Kreativität. Vor diesem Hintergrund wäre es gefährlich, das gesamte Engagement mit den gleichen Governance-Strukturen gestalten zu wollen.
- Wenn wir uns die verschiedenen Formen des Engagements – von aktiven Mitgliedern in Sportvereinen, über Stadtteilmütter und Mitglieder in Stiftungsgremien bis hin zum Engagement von Unternehmen – ansehen, so wird deutlich, dass eine Engagementstrategie diese Vielfalt nicht umfassend abdecken kann. Ziel einer Engagementstrategie ist es daher eher, das Bewusstsein in der Politik und der Bevölkerung für die Bedeutung von Engagement zu verändern.
- In Nordrhein-Westfalen wird derzeit eine Entwicklungswerkstatt für Mitarbeiter in der kommunalen Verwaltung durchgeführt. Die Werkstatt soll sie dabei unterstützen, passgenaue kommunale Engagementstrategien zu entwickeln. Dieser Prozess bestätigt, dass es nicht die eine kommunale Engagementstrategie gibt, sondern dass es individueller Ansätze und ständiger Anpassungen bedarf.

Bürgerschaftliches Engagement fördern – aber wie?

- Um eine wirkungsvolle Kooperation zwischen Bürgergesellschaft und der Sicherung öffentlicher Leistungen zu gewährleisten, braucht es über die Anschub- und Projektfinanzierungen hinaus eine gewisse infrastrukturelle

Förderung. Ohne Unterstützung durch Engagierte könnten viele öffentliche Institutionen im Bildungswesen nicht die Leistung erbringen, die sie derzeit erbringen. Das gilt bspw. für Lese- und Bildungspatenschaften. Dieses Engagement braucht aber Infrastruktur.

- Eine Infrastrukturförderung bspw. durch Freiwilligenagenturen ist wichtig für das Engagement. Sie könnte durch einen Finanzierungsmix aus Geldern von Bund, Land, Kommune, Stiftungen und Unternehmen gewährleistet werden. Dies ist aufgrund verschiedener rechtlicher Regelungen (Kooperationsverbot zwischen Bund und Kommunen, Zuwendungs- und Vergaberecht) sowie aus ideologischen Gründen derzeit jedoch noch nicht möglich.
- Wenn man sich anschaut, aus welchem Bereich der Gesellschaft Engagement erwächst, dann landet man schnell bei der Mittelschicht. **Daher ist die wirkungsvollste Engagementförderung eine gute Sozialpolitik.** Warum kümmert sich eine Engagementstrategie nur um Fragen nach Infrastruktur und der Integration von Engagement in Ausbildungsgänge, wenn die Kernvoraussetzung ist, zunächst ein freies Individuum zu generieren? Hier braucht es Sozialpolitik. Das ist im Grunde genommen auch die Idee eines aktivierenden Staates. Er soll Ermöglichungsräume schaffen und seine Bürger aktivieren.
- Die dauerhafte Förderung von Engagement findet statt und der Staat hat hier auch Zwecke hinterlegt. Das lässt sich am Beispiel des Sports nachvollziehen. Bei der Einführung der Sportförderung in der Weimarer Republik bildete er eine nationale Speerspitze, zudem wurde er auch im Hinblick auf das Militär unterstützt. Bis heute wird Sport privilegiert und dauerhaft gefördert. Eine andere Intention liegt der von den Amerikanern initiierten Förderung von Jugendverbänden zugrunde. Hier war es das politische Interesse, die demokratische Gesinnung junger Menschen in Deutschland zu stärken. **Egal um welchen zivilgesellschaftlichen Bereich es sich handelt, wäre es sinnvoll, die der Förderung zugrunde liegenden Zwecke unter den Aspekten der Bürgergesellschaft neu zu justieren.** So könnte die Sportförderung weniger auf das Erbringen von Spitzenleistungen gerichtet sein und mehr auf die Förderung des Breitensports, der auch weniger sportliche Personen anspricht. Das wäre in jedem Fall gemeinnütziger.

Aktivierender Staat

- Der durch die Hartz IV-Politik verbrannte Begriff des aktivierenden Staates kann in Richtung aktivierende Kommune weiter entwickelt werden. Denn die Kommune umfasst nicht nur Politik und Verwaltung, sondern die gesamte Bürgergemeinschaft. Aktivierung bedeutet in dem Zusammenhang, verschiedene Beteiligte einzubinden. Dabei ist eine Unterteilung in drei Bereichen sinnvoll: Den ersten Bereich bilden die Kernaufgaben der öffentlichen Hand, wie Polizei, Justiz und bestimmte Sozialleistungen. Der zweite und zugleich größte Bereich umfasst Kooperationsaufgaben. Er ist durch Beteiligungsstrukturen und Rahmensetzungen des Staates für die Aufgabenerfüllung durch die Bürgerschaft gekennzeichnet. Der dritte Bereich besteht aus alleinigen Aufgaben des Engagements. Hierzu gehören neben

Aufgaben im Sport, in der Kultur und im Umweltschutz auch Widerspruch, Protest und Demonstration gegen den Staat.

- Warum eigentlich sollte bürgerschaftliches Engagement nicht Hauptamt ersetzen dürfen? In einer Demokratie sollte das möglich sein. Warum gibt es ehrenamtliche Wahlhelfer, aber keine ehrenamtlichen Steuereintreiber? So provokativ diese Frage klingt, macht sie doch deutlich, in welchen Handlungsfeldern aufgrund von welchem Druck die Frage nach bürgerschaftlicher Unterstützung gestellt wird. Die Forderung, bestimmte Aufgaben zu übernehmen, besteht vor allem im sozialen und gesundheitlichen Bereich.
- **Das bürgerschaftliche Engagement ist an vielen Stellen Koproduzent gesetzlicher Leistungen. Das ist legitim, solange es nicht staatliche Leistungen sind, die Ehrenamtliche erfüllen müssen.** Das mag an zwei Beispielen deutlich werden: Für Kindergärten ist gesetzlich festgelegt, dass Kinder dort sprachliche Kompetenz erwerben sollen. Wenn hier Lesepaten ehrenamtlich tätig sind, dann ergänzen sie staatliche Leistungen. In Nürnberg stellte man fest, dass die sozialpädagogische Familienhilfe nicht für alle Familien das richtige Instrument ist. Gerade leicht überforderte Mütter bräuchten eher ein präventives Netz, das sie ab und zu unterstützt. Aus dieser in der Sozialpolitik entwickelten Idee ist ein von Engagierten getragenes Familienpatenmodell entstanden. Es ersetzt nicht die sozialpädagogische Familienhilfe, hilft aber, dass dort weniger Fälle landen, was auch eine finanzielle Entlastung bedeutet.
- Bezug nehmend auf das Beispiel der Lesepaten in Kindergärten ist zu ergänzen, dass der Gesetzgeber gewährleisten muss, dass der von ihm festgeschriebene Zweck des Sprachkompetenzerwerbs auch erreicht wird. Hierfür muss der Staat öffentliche Mittel zur Verfügung stellen. Lesepaten können über diesen gesetzlich gewährleisteten Zweck hinaus sinnvoll wirken, indem sie bspw. soziale Bindungen zwischen alten Menschen und Kindern fördern. Das betrifft dann allerdings den Bereich der sozialen Bindung, der gesetzlich weder vorgeschrieben werden kann noch soll. Politik kann dieses Engagement dann unterstützen.
- Während der aktivierende Staat gewissermaßen die Sicht vom Staat auf die Gesellschaft ist, existiert mit dem Fähigkeitsansatz eine Sicht der Gesellschaft auf das, was der Staat zur Verfügung stellen muss, damit gute Gesellschaft entstehen kann. Dieser Ansatz soll in Bezug auf bürgerschaftliches Engagement kurz skizziert werden. Der Fähigkeitsansatz geht auf die amerikanische Philosophin Martha Nussbaum und den indischen Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Amartya Sen zurück. Unter den zehn dort beschriebenen Fähigkeiten gibt es zwei, die privilegiert sind. Sie lauten: Menschen kooperieren in einer Gesellschaft mit anderen und Menschen haben die Reflexionsfähigkeit, Gesellschaft zu gestalten. Dies sind auch die Gründe, weshalb Gesellschaft funktioniert. Hierauf muss der Kern des bürgerschaftlichen Engagements sich beziehen. **Im Gegensatz zum Ansatz der Daseinsvorsorge geht es bei dem der Fähigkeiten nicht darum, lediglich Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, sondern dies so zu machen, dass Personen ihre eigenen Fähigkeiten aktivieren können und zusammen mit anderen Menschen das Gemeinwesen gestalten können.**

- Das Bild einer geordneten Trisektoralität gibt es so nicht mehr. Es kommt eher zu einem wechselseitigen Durchdringen der Sektoren. Das entspricht auch der lokalen Wirklichkeit. Die Mitwirkung von Engagierten vor Ort ist in der Regel gekennzeichnet von Wechselbeziehungen zwischen lokalen Eliten, Verbänden, Unternehmern und (ehrenamtlicher) Kommunalpolitik.

Kommunalpolitik vs. bürgerschaftliches Engagement?

- Strukturell ist die Kommunalpolitik zwar Teil des bürgerschaftlichen Engagements. In der Praxis verhalten sich aber insbesondere viele Bürgermeister anders. Sie gestehen den Bürgern zu, mitzureden, billigen ihnen aber keine Entscheidungskompetenz zu. Die Praxis in vielen Kommunen ist also noch weit weg von einem beteiligungsorientierten Governance-System.
- Mit Blick auf das Verhältnis von Engagement und Kommunalpolitik ist eine differenzierte Betrachtung notwendig. Während der hauptamtliche Bürgermeister als Leiter der Gemeinde- oder Stadtverwaltung hauptamtlich tätig ist, sind die Gemeindevertreter Ehrenamtliche, die lediglich sehr geringe Aufwandsentschädigungen erhalten. Unbestritten ist, dass auch Gemeindevertreter nicht davor gefeit sind, bürgerschaftlich Engagierte aus politischen Entscheidungen auszuschließen. Allerdings hat jeder Bürger die Möglichkeit, Mitglied einer Gemeindevertretung zu werden und auf diese Weise kommunalpolitische Entscheidungen mitzugestalten. **Um eine bessere Zusammenarbeit zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Kommunalpolitik zu ermöglichen, braucht es zwei Dinge: Die Kommunalpolitiker müssen eine Strategie zum verantwortungsvollen Umgang mit Engagement entwickeln und die Engagierten sollten Verständnis für die Zwänge und Belastungen der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker aufbringen, statt diese als Gegner zu betrachten.**
- In den Kommunen ist meist nicht klar, wer der Ansprechpartner für bürgerschaftliches Engagement. Das sollte sich ändern. Hier wären Personen hilfreich, die bspw. Auskunft über Fördermöglichkeiten, Infrastruktureinrichtungen und mögliche Unterstützungen durch die Kommune geben können.
- Auf kommunaler Ebene gibt es auch unter den Bildungs-, Politik- und Demokratiefernern die Bereitschaft, die Lebensverhältnisse mitzugestalten, wenn ihnen die Möglichkeit dazu gegeben wird. Dieses Engagement findet oft jenseits der etablierten Strukturen statt. Johanna Klatt und Franz Walter nennen in ihrem Buch „Entbehrliche der Bürgergesellschaft“ als Voraussetzung dafür, dieser Gruppe Engagementzugänge zu bieten, die sog. „Viertelgestalter“. Diese könnten von den Rekommunalisierungsmaßnahmen, die Herr Götz beschrieben hat, profitieren.

3. **Aktuelle Informationen aus der (Engagement-)Politik**

Hella Dunger-Löper, Bevollmächtigte beim Bund, Europabeauftragte des Landes Berlin und Beauftragte für das Bürgerschaftliche Engagement

Matthias Potocki, Sekretär des Bundestagsunterausschusses Bürgerschaftliches Engagement

Planung eines parlamentarischen Gremiums für Engagement in Berlin

- **Die Politik in Berlin sollte sich intensiver und strukturierter mit bürgerschaftlichem Engagement auseinandersetzen, da Engagement an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnt. Dieser Gedanke bildet den Hintergrund für die Diskussion um die Einführung eines parlamentarischen Gremiums, das sich mit bürgerschaftlichem Engagement beschäftigt.** Welche Form dieses Gremiums haben wird, ist derzeit noch offen.

Einen Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement nach Vorbild des Bundestages einzuführen, wäre wenig sinnvoll. Dieser würde voraussichtlich an den Sozialausschuss angebunden, was die Gefahr einer Verengung von Engagement auf soziale Aspekte mit sich brächte.

Bei der Gestaltung des parlamentarischen Gremiums sollte die Frage eine zentrale Rolle spielen, wie die zivilgesellschaftlichen Akteure einbezogen werden können. Zudem gilt es die Gefahr zu beachten, dass die professionalisierten zivilgesellschaftlichen Akteure das Gremium mit ihren Interessen dominieren, während kleinere sich nicht durchsetzen können.

Sollten die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sich entscheiden, kein Engagement-Gremium zu schaffen, muss sich die Politik Gedanken darüber machen, wie auf anderem Wege ein regelmäßiger und verbindlicher Diskurs zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Politik und Verwaltung stattfinden kann.

- Aus Perspektive der Zivilgesellschaft wäre ein parlamentarisches Gremium zu bürgerschaftlichem Engagement ein wichtiger Ansprechpartner. Wünschenswert wäre, dass sich diese Struktur auch weiter auf die Bezirksebene ausdehnte. Denn hier fehlt es oft noch an Verantwortlichen auf Seiten der Politik für Engagement.

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Bundestag

- **Der Fokus der Arbeit des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement liegt in dieser Legislaturperiode auf der Engagementstrategie der Bundesregierung. Darüber hinaus überprüft der Unterausschuss regelmäßig, wie engagementverträglich aktuelle Gesetzesvorhaben sind.** Hier wurde beispielsweise die Neuerung des Kinderschutzgesetzes diskutiert. Sie schreibt u. a. vor, dass Engagierte, die mit Kindern arbeiten, ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen müssen. In diesem Zusammenhang verhinderte der Unterausschuss einen Vorschlag, nach dem Engagierte, die eine Aufwandsentschädigung erhalten, für die Erstellung des Führungszeugnisses Gebühren zahlen müssen. Ebenfalls erfolgreich intervenierte der Unterausschuss bei einem Entwurf zum Jahressteuergesetz. Laut diesem sollte das Taschengeld im Bundes-

freiwilligendienst besteuert werden. Im aktuellen Gesetzesentwurf findet sich diese Passage nicht mehr.

Betrachtet man die bisherigen Sitzungen des Unterausschusses, so wird deutlich, dass in dieser Legislaturperiode der Austausch zwischen Wissenschaft und Politik eine wichtige Rolle spielte. So wurden verschiedene Studien u. a. zu Qualifizierung und Engagement sowie Jugend und Zivilgesellschaft vorgestellt und diskutiert. Zudem gibt es gemeinsame Initiativen des Unterausschusses in Kooperation mit anderen Ausschüssen. Ein Beispiel hierfür bildet eine gemeinsame Sitzung mit dem Sportausschuss zum Thema "Aktuelle Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements im Sport" im Mai 2011.

Kommentare zur Arbeit des Unterausschusses

- Denkbar und sinnvoll wäre es, wenn die Mitglieder des Unterausschusses sich stärker damit auseinandersetzen, welche konkreten Maßnahmen sich aus den verschiedenen Studien ableiten lassen. Hier könnten auch politische Stiftungen helfen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse in politische Handlungsempfehlungen zu übersetzen.
- **Die Arbeit des Unterausschusses könnte von außen dadurch unterstützt werden, dass sich wissenschaftliche Akteure oder politische Stiftungen damit beschäftigen, ob die von der Enquete-Kommission formulierten Handlungsempfehlungen noch zeitgemäß und sinnvoll sind und wie sie in eine neue engagementpolitische Agenda übersetzt werden können**, die Aufgabe eines parlamentarischen Gremiums sein kann. Dadurch könnte auch die künftige Daseinsberechtigung des Unterausschusses gestärkt werden.
- Eine zentrale Aufgabe des Unterausschusses ist die kritische Begleitung und Diskussion bürgerschaftlicher Themen. Das findet zurzeit zu wenig statt. So war es bspw. kein Thema, dass das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 in Deutschland praktisch nicht stattfand. Es wurden lediglich einige Veranstaltungen durchgeführt, die aber keine Impulse geben konnten.
- Für eine gute Engagementpolitik ist der Unterausschuss wichtig. Allerdings ist er in dieser Legislaturperiode kein ausreichendes Gegengewicht zur Administration. Und das, obwohl der Koalitionsvertrag hinreichend Anknüpfungspunkte bietet (nationales Engagementgesetz, nationaler Engagementförderplan, Freiwilligendienststatusgesetz), die das Gremium kritisch diskutieren und zu denen es Alternativen entwickeln könnte.

Zur Engagementpolitik der Bundesregierung

- **In dieser Legislaturperiode agiert die Bundesregierung in engagementpolitischen Fragen derartig eigeninteressiert und beratungsresistent, dass keine hinreichend legitime Diskurslage in Engagementfragen mehr erzeugt wird.** Das zeigt sich u. a. darin, dass diejenigen Akteure, die nicht im Interesse der Bundesregierung agieren, unabhängig von ihrer Bedeutung erst gar nicht zu Veranstaltungen eingeladen werden. Vor diesem Hintergrund denkt eine Gruppe um den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft darüber nach, einen unabhängigen Zivilge-

sellschaftsbeirat zu gründen. Der Beirat könnte eigene Themen aufgreifen und den Engagementdiskurs bereichern. Das BBE und das Bündnis für Gemeinnützigkeit könnten als Brücken in die Praxis in diesen Beirat eingebunden werden.

- Das Bundesfamilienministerium vertritt eine andere Position in der Engagementpolitik als viele Akteure des Dritten Sektors und der Engagementforschung. Das ist das gute Recht einer Regierung. Problematisch ist, dass es zu wenig Widerstand gegen diesen Kurs des Ministeriums gibt. Das gilt auch für die zivilgesellschaftliche Szene, die in der Diskussion um die Engagementstrategie viel zu artig ist. Hier gilt das Motto „Die Hand, die einen füttert, beißt man nicht.“ So äußerten die Wohlfahrtsverbände zunächst Kritik am Bundesfreiwilligendienst, bevor sie sich dazu entschlossen, die Vorteile durch den Dienst lieber doch mitzunehmen. Dadurch ging die Kritik deutlich zurück.
- **Darüber hinaus versucht kaum noch jemand, die Regierung daran zu erinnern, was sie im Zusammenhang mit Engagement in den Koalitionsvertrag geschrieben hat. So wurde die angekündigte Diskussion um ein Engagementgesetz gar nicht erst geführt und der nationale Engagementförderplan wurde nicht weiter verfolgt, wobei die Entscheidung hierfür nicht auf der politischen Ebene fiel, sondern auf der ministerialbürokratischen.**
- Politische Berichte zu bürgerschaftlichem Engagement werden immer stärker parteipolitisch oder administrativ gelenkt, sodass sie nicht mehr legitim sind. Das zeigt sich bspw. am Engagementbericht der Bundesregierung. Als Antwort auf diese starke politische Beeinflussung wissenschaftlicher Berichte hat das BBE eine Ad-hoc-Gruppe Engagementforschung eingerichtet, die sich u. a. mit dem Freiwilligensurvey, Organisations- und Individualbefragungen sowie der Evaluations- und Wirkungsforschung auseinandersetzt.